



Projektland: Bulgarien

Monatsbericht: September 2008

I. Schlagzeilen

- In einer Unterschriftenaktion der drei größten konservativen Oppositionsparteien in Bulgarien mit Forderung für den Rücktritt der Regierung sammelte man über 500 000 Unterschriften in 20 Tagen
- Eskalation der Krise in Sofia mit der Müllentsorgung und heftige Wortauseinandersetzungen zwischen dem OB von Sofia und GERB- Lieder Boiko Borissov mit dem Staatspräsidenten Georgi Parvanov und mit stellvertretenden Vizepremierministerin Meglena Pluhtschieva
- Nach einer im September veröffentlichten Studie beträgt der jährliche Umsatz des illegalen Frauenhandels mit bulgarischen Frauen europaweit etwa 900 Mio. Euro
- Vom Januar bis Ende August 2008 ist die Inflation in Bulgarien 11,6 %; Das Außenhandelsdefizit für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres erreicht schon 8,4 Milliarden Leva (4,2 Milliarden Euro); Der Wirtschaftszuwachs in Bulgarien für die ersten 6 Monate des Jahres ist höher als erwartet – 7,1 %

II. Politische Entwicklung

Am 2. September starteten die drei konservativen Oppositionsparteien GERB (Borissov), DSB (Kostov) und UDK (Jurukov) eine gemeinsame Unterschriftenaktion mit der Forderung für den Rücktritt der in Bulgarien regierenden Koalitionsregierung. Die Bürger unterschrieben ein Blatt mit Titel „Befehl für Entlassung“. Die Aktion lief unter dem Moto “Ich bin Europäer” bis zum 22 September und es wurden über 500 000 Unterschriften von Bürgern gesammelt (Bulgarien hat knapp 8 Mio. Einwohner). Die drei Parteien wollen die Unterschriften mit der Rücktrittsforderung dem Premierminister Sergej Stanishev Anfang Oktober überreichen.

Die wichtigste Botschaft dieser Aktion ist, dass die DSB und die UDK ihre Entschlossenheit zeigen, GERB nicht mehr als “Feind” zu betrachten und „in einem Ton” als Opposition gegen die Regierung zu stehen. Der Wille von GERB allein an den nächsten regulären Parlamentswahlen im Juni 2009 teilzunehmen wird von den zwei anderen Parteien akzeptiert. Die Bereitschaft von GERB, DSB und UDK nach den Parlamentswahlen als EVP- Mitgliedsparteien zusammenzuarbeiten ist deklariert.

Die Fragezeichen kommen, wenn man sich die Bürgerumfragen für die nächsten Parlamentswahlen anschaut. GERB kommt auf 28-30 %, die BSP (Sozialistische Partei) auf 16-18 %, “Ataka” (Nationalisten) auf 9-10 % und DPS (Türken) auf 7-8 %. DSB und UDK bekommen jeweils um 2 %.

Die Parliamentshürde in Bulgarien ist 4 %. Bei solchen Ergebnissen wäre eine Regierungsbildung überhaupt eine sehr schwierige Aufgabe.

Die politischen Einstellungen und Tendenzen in Bulgarien können sich aber sehr schnell ändern und sind schwierig vorherzusehen. Ein gutes Beispiel dafür aus der neuesten Geschichte sind die Parlamentswahlen 2001. Simeon gründete seine Zarenpartei (NBSII) im April und im Juni gewann seine Partei knapp 50 %.

Die heutige Regierungskoalition besteht aus den drei Parteien – BSP (Sozialistische Partei) und die zwei liberalen Partei – die NBSII. (die Partei von Zar Simeon) und die DPS (Türken).

In den letzten Umfragen für die Parlamentswahlen kommt die Zarenpartei auf knapp 1 % und hat keine Chancen wieder gewählt zu werden.

In den Medien wurde die Nachricht veröffentlicht, dass Simeon Gespräche über seinen Wunsch für Koalition mit GERB geführt habe. Nach der Absage von GERB habe er über dasselbe ohne Erfolg die DPS nachgefragt.

Das Problem mit der Müllentsorgung in Sofia war der Grund für eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem OB und GERB- Leader Boiko Borissov und dem Staatspräsidenten Georgi Parvanov. Bis jetzt hatten die beiden immer politisch ausgewogenes Verhältnis.

(2005 würde die Mülldeponie in Sofia geschlossen. Fast 2 Jahre wurde der Müll zum Teil in andere Städte transportiert, aber über 500 000 Tonnen wurden mit Folie verpackt und lagern provisorisch in Sofia im Freien auf zementierten Flächen. Ende 2007 wurde die Deponie in Sofia durch Regierungsbeschluss wegen Notstandssituation wieder in Betrieb gesetzt und hat Kapazität für noch drei Jahre.

Gleichzeitig hat der OB Borissov und die Verwaltung von Sofia erfolgreich ein Projekt in Brüssel vorgelegt und Finanzierung von knapp 140 Mio. Euro von dem operativen Programm „Umwelt“ für den Bau einer Müllverarbeitungsanlage erhalten. Die technischen Prozeduren im bulgarischen Umweltministerium und die Ausschreibung für den Bau werden aber noch einige Monate dauern und der Bau selbst mindestens eineinhalb Jahre.)

Die EK hatte bis Ende September der bulgarischen Regierung Frist gegeben die mehreren hunderttausend Tonnen verpacktes Müll, die seit mehr als zwei Jahren auf provisorischen Plätzen in Sofia liegen, zu nach europäischen Standarte gebauten Mülldeponien zu transportieren. Sonst wird die EK diesbezüglich die Prozedur für Strafsanktionen wegen Verstoß gegen die Umweltrichtlinien gegen Bulgarien einleiten.

Mitte September vereinbarte der Sofioter OB Boiko Borissov mit dem Bürgermeister der Stadt Silistra, dass auf die Deponie in Silistra gegen Entgelt 180 000 Tonnen Müll aus Sofia transportiert werden. Man sucht und verhandelt auch mit anderen Städten. Dadurch werden natürlich hohe Kosten entstehen – Silistra liegt knapp 600 km entfernt von Sofia.

Ende des Monats verlängerte die EK die Frist bis Ende November.

Während dieser Ereignisse sagte der Staatspräsident in einem Fernsehinterview, dass der OB Borissov die Schuld für das Müllproblem trage und appellierte an das Justizsystem die Verwaltung von Sofia zu ermitteln.

Borissov antwortete seinerseits, dass er bis heute alles mögliche, einschließlich EU-Finanzierung für die Müllfabrik in Sofia, allein erreicht habe. Er sagte noch, dass die Regierung nichts beigetragen habe, im Gegenteil versuche sie alle Initiativen mit Erfolgsaussicht zu blockieren.

Später folgte auch eine heftige Wortauseinandersetzung zwischen Borissov und der stellvertretenden Vizepremierministerin Meglena Plugtschieva, zuständig für die Europafonds. Sie forderte von Borissov, die Müllverarbeitungsanlage in Sofia durch einen privaten Investor im Rahmen eines „public-private partnership“ zu teilweise zu finanzieren.

Bulgarien kann im Rahmen dieses Umweltprogramms insgesamt 367 Euro für Müllverarbeitungsanlagen und Mülldeponien von der EU und es sei nicht gerecht, dass mehr als ein Drittel von diesen Mitteln nur in Sofia kommen.

Darauf sagte Borissov, dass Sofia das einzige erfolgreich zugelassene Projekt habe und hinter den Wörtern von Plugtschieva stehen korporative Interessen. Bei einer solchen Lösung – privater Investor und Betreiber- werden die Müllgebühren in astronomische Höhen wachsen. Im Gespräch in der politischen Wochensendung „Panorama“ sagte Borissov noch, dass nach Informationsquellen aus der EVP, Plugtschieva inoffiziell in Brüssel versuche, die EU-Finanzierung für die Projekte in Sofia für die Zeit nach den Parlamentswahlen zu versetzen.

Man sieht wie ernst das Problem mit der Müllentsorgung der Millionenhauptstadt Sofia ist. Man sieht aber auch, dass der politische Wahlkampf schon voll im Lauf ist.

III. Justiz und Inneres

Nach einer im September veröffentlichten Studie beträgt der jährliche Umsatz des illegalen Frauenhandels mit bulgarischen Frauen europaweit etwa 900 Mio. Euro. Diese Summe entspricht 36 % des BIP des Landes – Zahlen vergleichbar mit Taiwan und Südkorea. Das bulgarische Innenministerium setzt die Bekämpfung des illegalen Menschenhandels als Priorität.

Der bisherige Direktor von NBOK - Plovdiv (Polizeidirektion zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität) Kalin Georgiev wurde vom Innenminister zum Leiter der neu gegründeten Hauptdirektion des IM „Kriminalpolizei“ ernannt. Das bayerische Innenministerium hatte in den vergangenen Jahren auf Expertenebene im Rahmen eines EU Twinning- Projektes den Aufbau der neuen bulgarischen Kriminalpolizei beraten und unterstützt.

Der bulgarische Geschäftsmann und Fußballclubpräsident Kostadin Hadjiivanov wurde Anfang September bei seiner Einreise in Griechenland aufgrund eines europäischen Haftbefehls aus Deutschland verhaftet. Im Laufe einer Ermittlung in Augsburg war er als „Boss“ eines Zigaretenschmuggelkanals identifiziert worden. Vorher war der Fahrer eines LKW mit 450 000 Masterboxen Zigaretten in Augsburg festgenommen. Die Schmuggelzigaretten sollten in England eingebracht werden.

Ende des Monats wurde Hadjiivanov vom Gericht in Thessaloniki nach München ausgewiesen.

Interessant ist, dass dieser Geschäftsmann Förderung von dem europäischen Programm SAPPARD von 500 000 Euro für seine Holzverarbeitungsfabrik bekommen hat. Dieses Projekt wird von OLAF wegen gefälschter Dokumente untersucht.

Hadjiivanov hat auch eine Partei in Petrich, die an den Wahlen für den Stadtrat von Petrich (seine Heimatstadt) teilnimmt. Die Gemeindewahlen in Petrich letztes Jahr waren wegen Fälschungen und Stimmenkauf kassiert worden.

Ende September wurde der Stellvertretende Gouverneur von Sofia Marius Zakov wegen Bestechung verhaftet. Er wurde im Moment der Geldübergabe im Einkaufshaus Praktiker mit gekennzeichneten Geldscheinen festgenommen. Er hatte einen Bauunternehmer für die Summe von 25 000 Leva (12 500 Euro) erpresst, um zu ermöglichen, dass er staatliche Bauaufträge in Sofia gewinnt.

Drei Tage nach der Festnahme wurde er von Sofioter Stadtgericht gegen eine Kaution von 30 000 Leva (15 000 Euro) freigelassen.

IV. Wirtschaft

Die deutsche Firma "Eichhof Elektrik" eröffnete Mitte September eine neue Fabrik in der bulgarischen Stadt Vidin. Im Werk werden 220 Leute in der Herstellung von elektrischen Teilen für Waschmaschinen für verschiedene Marken beschäftigt.

Ab dem 1. Oktober steigt der Gaspreis in Bulgarien um 29 %, die Fernheizung um 12 % - mehr als die Hälfte der Bewohner der Großstädte in Bulgarien heizen so.

Vom Januar bis Ende August 2008 ist Inflation in Bulgarien 11,6 % und die o.g. Steigung des Gaspreises wird die Teuerung von mehreren Waren und Dienstleistungen zusätzlich verursachen.

Das Außenhandelsdefizit für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres erreicht schon 8,4 Milliarden Leva (4,2 Milliarden Euro).

Der bulgarische Export in die Türkei stieg im Vergleich mit dem Vorjahr um 17,6 % und hat einen Wert von 1,61 Milliarden Leva (800 Mio. Euro). Zweitwichtigstes Exportland für Bulgarien ist Griechenland, an dritter Stelle Deutschland, an vierter Stelle Italien.

Positiv für die Finanzstabilität Bulgariens ist der hohe Haushaltsüberschuss – von Januar bis Ende Juli 4,2 Milliarden Leva (2,1 Milliarden Euro). Die fiskale Reserve bei der bulgarischen Nationalbank ist Ende Juli 10,73 Milliarden Leva (etwa 5 Milliarden Euro).

Interessant ist, dass nach der Einführung der flachen Körperschaft- und Einkommenssteuer von 10 % ab dem 1. Januar 2008 die direkten Steuereinnahmen um 24,6 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind. 2007 war die Obergrenze der Einkommenssteuer 26 % und die Körperschaftssteuer war 15 %. Das wird dadurch erklärt, dass wegen der deutlich niedrigeren Steuer die Firmen einen Großteil der Schattenwirtschaft "ins Licht" gebracht haben.

Weiterhin als große soziale Ungerechtigkeit wird von vielen das Fehlen einer steuerfreien Einkommensgrenze kritisiert.

Der Wirtschaftszuwachs in Bulgarien für die ersten 6 Monate des Jahres ist höher als erwartet – 7,1 %.

Bogdan Mirtshev

Sofia, den 15.10.2008